

INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	6
Deutsche Rüstungsexporte	6
Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	8
Militärausgaben	10
Lokale Rüstungsindustrie	11
Streitkräftestruktur	12
Bewaffnung der Streitkräfte	13
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	17
Polizei und andere Sicherheitskräfte	17

INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES GEMEINSAMEN STANDPUNKTS	27
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	17
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	20
Innere Lage im Empfängerland	20
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	20
Bedrohung von Alliierten	31
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	17
Unerlaubte Wiederausfuhr	34
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	35

ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor in Peru

Deutschland liefert im regionalen Vergleich nur in begrenztem Umfang Rüstungsgüter nach Peru. Darunter befinden sich häufig Teile für U-Boote und andere Ersatzteile für den Schiffsbau sowie Kommunikationsausrüstung. Im Jahr 2009 handelte es sich insbesondere um die Lieferung von Torpedos für die U-Boote der Klasse 209/1200 der peruanischen Marine. Südkorea ist laut SIPRI zwischen 2017 und 2021 mit großem Abstand wichtigster Rüstungslieferant für Peru gewesen, gefolgt von Spanien, Italien und Neuseeland. Russland und die USA waren in der vorangegangenen 5-Jahresperiode ebenso ein wichtiger Lieferant. So lieferte Südkorea bspw. 2016 bis 2018 sechs Patrouillenboote (Typ PGCP-50) sowie 2016 eine gebrauchte Po Hang Korvette. Spanien lieferte 2020 zwei gebrauchte C-130H Transportflugzeuge und Italien seit 2015 insgesamt vier Kronos Luftraum-Aufklärungsradargeräte sowie vier Transportflugzeuge des Typs C-27J Spartan. Mit Neuseeland vereinbarte Peru 2014 die Lieferung von insgesamt 5 (teilweise modernisierten) Hubschraubern zur U-Boot-Abwehr vom Typ SH-2G Super Seasprite. Russland und die USA lieferten zuletzt zahlreiche Hubschrauber nach Peru. Darunter befanden sich u.a. zwei russische Mi-24P/Mi-35P Kampfhubschrauber und dreißig Mi-171Sh Transporthubschrauber sowie sechs ausgemusterte US-amerikanische S-61/H-3A Sea King Hubschrauber, die als Mehrzweckhubschrauber eingesetzt werden, und zwei leichte F-28 Hubschrauber.

In Peru existiert keine nennenswerte Rüstungsindustrie. Vereinzelt werden Kleinwaffen und Munition produziert. Daher ist die Regierung bestrebt, in bestimmten Bereichen eigene Kapazitäten aufzubauen, um die Unabhängigkeit bei Rüstungsgütern zu erhöhen. Dazu unterzeichnete Peru in den vergangenen Jahren mit anderen Staaten und Rüstungskonzernen Kooperationsvereinbarungen. Das peruanische Heer verfügt über eine große Anzahl schwerer Waffensysteme sowie über zahlreiche Geschütze und Panzerabwehrfähigkeiten. Es profitiert, wie auch die anderen Teilstreitkräfte, von einem umfassenden Modernisierungsprogramm aus dem Jahr 2007. Es ist davon auszugehen, dass in den kommenden Jahren neue Patrouillenboote beschafft werden. In diesem Zusammenhang hat Peru zuletzt den Kauf von bis zu fünf Griffon 2000TD Luftkissenbooten beschlossen, die besonders im Amazonasgebiet entlang der brasilianischen Grenze eingesetzt werden sollen. Die peruanische Luftwaffe weist Berichten zufolge den größten Modernisierungsbedarf innerhalb der Streitkräfte auf. Es wird berichtet, dass nur etwa 30 Prozent der Flugzeuge für Einsätze, Operationen und Trainingsflüge bereitstehen.

Perus Militär nimmt eine zwar umstrittene, aber doch tief verankerte Rolle in Gesellschaft und Politik ein. Unter der Herrschaft Präsident Fujimoris in den 1990er Jahren beanspruchte es zusehends mehr Einfluss in der Politik. Erst im letzten Jahrzehnt ist es gelungen, die zivile Kontrolle über das Militär zu verbessern und auszubauen. Der Konflikt zwischen der Regierung sowie den Rebell:innengruppen Leuchtender Pfad (Sendero Luminoso) und der Revolutionären Bewegung Túpac Amura zwischen 1980 und 2000 verursachte viel Leid in der Zivilbevölkerung und forderte zahlreiche Todesopfer.

Aufgrund dieser Erfahrungen besteht in Teilen der Bevölkerung ein starkes Misstrauen gegenüber dem Militär. Nach der Amtsenthebung Alberto Fujimoris im Jahr 2000 begann die Aufarbeitung der Menschenrechtsverbrechen des Militärs. Bereits 2001 wurde unter dem damaligen Präsidenten Paniagua eine Wahrheits- und Versöhnungskommission eingerichtet. Innerhalb des Militärs ist das Thema Menschenrechtsverletzungen und dessen Aufarbeitung auf Ablehnung gestoßen. Vereinzelt wurden sogar Versuche unternommen, sie zu behindern.

Im Jahr 1988 wurde die heutige peruanische Nationalpolizei geschaffen, die stark militärisch ausgerichtet ist. In der Zeit des Bürgerkrieges zwischen 1980 und 2000 war die Polizei in den Konfliktgebieten, die mehr als die Hälfte des Landes ausmachten, direkt dem Militär unterstellt. Berichten zufolge war sie auch an Menschenrechtsverletzungen beteiligt. Nach dem Sturz Fujimoris begann eine Polizeireform. Heute untersteht sie einer zivilen Führung im Innenministerium und besteht aus bis zu 26 Abteilungen, von denen die wichtigsten DINOES (Spezialoperationen), DINANDRO (Drogenbekämpfung), DININCRI (Kriminalpolizei) und DIRCOTE (Terrorismusabwehr) sind. In der Nationalpolizei verrichten ca. 124.000 Polizist:innen ihren Dienst (Stand: 2015). Neben der Polizei prägen die *serenazgos* (Wächter:innen) das Stadtbild vieler Städte in Peru. Diese uniformierten Sicherheitskräfte sind in der Regel von den städtischen Verwaltungen organisiert und werden von dort koordiniert.

Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der EU für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern (2008/944/GASP)

Peru ist den meisten Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten. Das Übereinkommen über Streumunition von 2010 befindet sich derzeit im Ratifizierungsverfahren. Es ist davon auszugehen, dass Peru das Abkommen ebenfalls ratifizieren wird. Innerhalb der Vereinten Nationen wird Perus Engagement im Hinblick auf globale Abrüstung und Rüstungskontrolle immer wieder gelobt. Im Bereich der nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle setzt sich Peru aktiv für die nukleare Nichtverbreitung und eine atomwaffenfreie Welt ein. Peru hat im vergangenen Jahrzehnt eine bedeutende Entwicklung im Hinblick auf Menschenrechte durchgemacht, jedoch wurde das Jahr 2020 von landesweiten Protesten, die von der Polizei mit exzessiver, teils tödlicher Gewalt beantwortet wurden, erschüttert. In der Verfassung sind grundlegende Menschen- und Bürgerrechte wie das Recht auf freie Meinungsäußerung oder die Gleichheit vor dem Gesetz verankert. In der Praxis sind zahlreiche Mängel, Verstöße und Unzulänglichkeiten festzustellen. Immer wieder gibt es Berichte über Folter durch die Polizei, das Militär und Gefängniswärter:innen. In den seltensten Fällen werden die Täter:innen bestraft. Innerhalb der Grenzgebiete zu Kolumbien und Ecuador sowie in Gebieten, in denen die Rebell:innengruppen weiterhin aktiv sind, übt das Militär weiterhin eine umfangreiche Kontrolle aus. Dort kommt es häufig zum Verschwinden von Menschen. Im Bereich der Minderheitenrechte und -repräsentation sowie hinsichtlich des Problems der weitverbreiteten Gewalt gegen Frauen gibt es immer noch erheblichen Aufholbedarf.

Peru ist nach wie vor durch zwei Jahrzehnte Bürgerkrieg von 1980 bis 2000 geprägt, der zwischen der Regierung auf der einen Seite sowie den Rebell:innengruppen Leuchtender Pfad und der Revolutionären Bewegung Túpac Amura auf der anderen Seite aus-

getragen wurde. Seit 2000 ist eine Deeskalation des Konflikts zu verzeichnen, jedoch keine Beendigung. Seit etwa 2008 besteht zudem zwischen verschiedenen Oppositionsgruppen und Bergarbeiter:innenverbänden auf der einen und der Regierung auf der anderen Seite ein Konflikt über die liberale Wirtschaftspolitik und den Umgang der Regierung mit den natürlichen Ressourcen des Landes. Die gesamte Region Lateinamerikas ist von dem Kampf um die regionale Vorherrschaft gekennzeichnet. In der Vergangenheit haben Mexiko und Brasilien jedoch trotz ihres Konflikts um die Führungsrolle eine deutliche Verbesserung ihrer Beziehung erzielt. Brasilien ist dennoch bestrebt, durch den Ausbau und die Modernisierung seines Militärs seinen regionalen Führungsanspruch zu untermauern.

Zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts wurde immer wieder darüber diskutiert, ob in der Region ein Rüstungswettlauf zu beobachten sei. Fest steht, dass einige Länder in Lateinamerika zu Beginn der vergangenen Dekade beträchtlich in den Verteidigungshaushalt investierten, zahlreiche neue Waffen einkauften und sich teilweise noch immer in Modernisierungsprozessen befinden. Dennoch kann heute konstatiert werden, dass erhebliche Steigerungen der Verteidigungshaushalte zwischen 2011 und 2014 durch Kürzungen ab 2015 in etwa ausgeglichen wurden. Gleichzeitig wurden im vergangenen Jahrzehnt eine Reihe vertrauensbildender Maßnahmen in der Region ergriffen, so z. B. die OAS Firearm Convention zur Kontrolle von Klein- und Leichtwaffen in Südamerika oder OAS Transparency Convention zur besseren Transparenz bei Beschaffung konventioneller Großwaffensysteme. Lange bestand zwischen Peru und Ecuador ein Grenzkonflikt, der in der Vergangenheit zu bewaffneten zwischenstaatlichen Konflikten geführt hat. Zwar einigten sich Lima und Quito 1992 darauf, eine friedliche Lösung anzustreben. Doch bereits zwei Jahre später wurde die ecuadorianische Armee mobilisiert und im Januar 1995 begann der Krieg zwischen beiden Staaten. Obwohl er nach nur einem Monat formal beendet wurde, dauerte es bis 1999, bis ein endgültiger Friedensvertrag mit Anerkennung der Demarkationslinie unterzeichnet werden konnte.

Ein weiterer Konflikt besteht zwischen Peru und Chile. Gegenstand der Auseinandersetzung sind die maritimen Grenzen, über die im Januar 2014 im Internationalen Gerichtshof entschieden wurde. Laut IGH sollte Perus Seegebiet ausgeweitet werden, was von beiden Seiten anerkannt wurde. Jedoch setzt sich der Streit um den vom IGH festgelegten Grenzpunkt in der Region Tacna fort, da die peruanische Regierung dieses Gebiet für sich beansprucht. Angeheizt wird der Konflikt von Bolivien, da die Regierung hofft, selbst einen Zugang zum Meer zu bekommen. Dennoch unterzeichneten Lima und La Paz Ende 2010 ein Abkommen, das eine engere Kooperation im Energiebereich und Bergbausektor regelt. Aktuell wird die Region auch von der humanitären, politischen und wirtschaftlichen Krise in Venezuela herausgefordert. In Folge der Situation im Land ist eine Fluchtbewegung, vergleichbar mit der Syriens, entstanden.

Bereits 1967 bildete die Unterzeichnung des Tlatelolco-Vertrages zur Schaffung einer nuklearwaffenfreien Zone einen ersten Schritt zu einer regionalen Rüstungskontrolle. Allerdings führte dieser Vertrag im Folgenden leider nicht zu weiteren Mechanismen zur konventionellen Rüstungskontrolle. Zwischen 1980 und 2000 war Terrorismus ein großes Problem in Peru. Unter dem damaligen Präsident Fujimori wurden zahlreiche Anti-Terrorgesetze verabschiedet, die den staatlichen Sicherheitskräften umfassende Rechte einräumten. Ergebnis waren willkürliche Verhaftungen und Folter im „Dienste des Anti-Terrorkampfes“. International ist Peru allen Abkommen zur Verhinderung oder Be-

kämpfung von Terrorismus beigetreten. Lima ist auch den wichtigen internationalen Abkommen zur Kriminalitätsbekämpfung beigetreten. Das Land kämpft mit einer ausufernden Kriminalität. Morde, gewaltsame Übergriffe und Erpressung haben in den Städten deutlich zugenommen. Die Polizei hat noch keine geeignete Strategie zur Kriminalitätsbekämpfung gefunden. Problematisch bleibt die weit verbreitete Korruption, die große Teile der Gesellschaft durchzieht. Eines der größten Probleme Perus bleibt der Drogenhandel, insbesondere mit Kokain. Insgesamt hat die Regierung den Kampf gegen den Drogenhandel und das organisierte Verbrechen in den vergangenen Jahren deutlich forciert. Peru kann zwar auf eine wachsende Wirtschaft blicken, dennoch bestehen weiterhin ökonomische und soziale Ungleichheiten innerhalb der Gesellschaft. Insbesondere die indigene Bevölkerung ist wirtschaftlich benachteiligt und stärker von Armut betroffen als der Rest der Bevölkerung.

Zu Beginn des letzten Jahrzehnts ist der Anteil der Militärausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) leicht gestiegen, seit 2016 ist er jedoch wieder leicht gesunken, auf zuletzt 1,3 Prozent. Im Verhältnis zu den Militärausgaben wendet die Regierung in Lima gemessen am BIP jedoch mehr Geld für Bildung und Gesundheit auf. Gleichwohl bestehen insgesamt Defizite im Gesundheits- und Bildungsbereich, da die Regierung keine geeigneten Projekte in diesen Bereichen initiiert hat.

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2020 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Teile für Waffenübungsgeräte: 89%	0,24
2000	Teile für U-Boote: 65,8%; Teile für Torpedos, Signalmunition: 34,2%	1,7
2001	Wandler für Unterwasser – Telefonanlagen: 64,9% Teile für Echolotanlagen: 35,1%	0,24
2002	Teile für U-Boote: 98,3%	2,04
2004	Teile für U-Boote	4,65
2005	Flug- und Taktiksimulatoren und Teile für Flug- und Taktiksimulatoren: 93%	0,55
2006	Teile für U-Boote, Überwasserschiffe und Sonaranlagen: 99,8%	4,82
2007	Detektionsausrüstung: 77,6%; Teile für Kanonenmunition: 12,1%	0,37
2008	Teile für Torpedos: 94,2%	1,91
2009	Torpedos und Teile für Flugkörper: 74,7%; Teile für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte: 23,1%	20,52
2010	Teile für Torpedos: 40,2% Teile für U-Boote: 25,2% Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 18,8%	5,61
2011	Kommunikationsausrüstung, Funkaufklärungssystem und Teile für Kommunikationsausrüstung: 39,7% Körperschutzwesten und Teile für Körperschutzwesten: 28,7% Täuschkörperwurfanlagen und Teile für Täuschkörperwurfanlagen: 18,7%	17,58
2012	Teile für Torpedos: 45,8% Handsprechgeräte und Teile für Kommunikationsausrüstung: 32,5% Munition für Jagdwaffen und Sportwaffen: 17,7%	0,42
2013	Torpedos und Teile für Torpedos: 37,8% Infrarotausrüstung, Wärmebildausrüstung und Teile für Bildverstärkerausrüstung: 30,7% Panzerabwehrwaffenübungsgeräte, Nebelmittelwurfanlagen, Waffenzielgeräte und Teile für Panzerabwehrwaffen, Nebelmittelwurfanlagen, Täuschkörperwurfanlagen, Waffenzielgeräte: 18,9%	12,23
2014	Munition für Panzerabwehrwaffen und Nebelmunition: 92,0%	10,26
2015	Software für Satellitenempfangsstation: 43,6% Zielortungssysteme und Teile für Zielortungssysteme: 20,2% Teile für U-Boote: 14,1% Teile für Transportflugzeuge: 10,8%	1,02

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2016	LKW und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW: 91,5%	58,11
2017	Feuerleiteinrichtungen und Teile für Feuerleiteinrichtungen: 86,6%	22,86
2018	U-Boot-Dieselmotoren, Unterwasserortungsgeräte und Teile für U-Boote, Unterwasserortungsgeräte: 96,0%	13,85
2019	Teile für U-Boote und Fregatten: 98,9%	2,66
2020	U-Boot-Dieselmotoren, Unterwasserortungsgeräte und Teile für U-Boote, U-Boot-Dieselmotoren, Unterwasserortungsgeräte: 89,4%	65,61

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2020, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1

Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2020

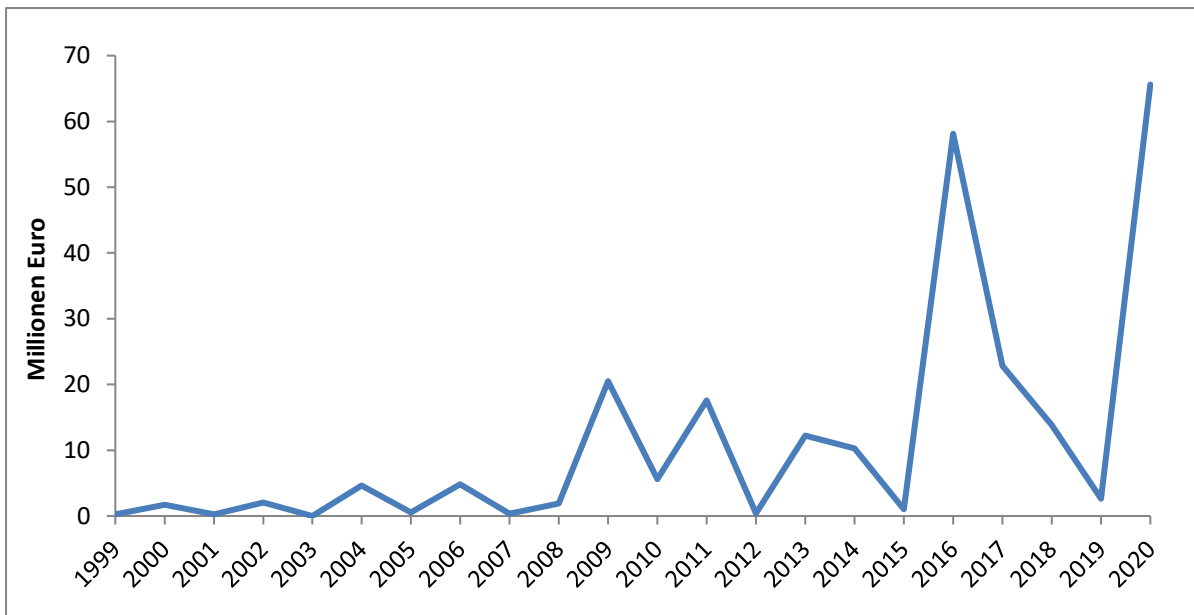


Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Peru 2000-2021

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
12	MTU-595	Dieselmotor	(1999)	2000	12	Für die Modernisierung von 3 PR-72P

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
12	SUT	AS/ASW Torpedos	2008	2009	(12)	(Velarde) Schnellbooten \$21Mio. Deal für U-Boote (Typ 209)
16	MTU-493	Dieselmotor	2020			Für die Modernisierung von vier U-Booten (Typ 209)

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Deutschland liefert im regionalen Vergleich nur in begrenztem Umfang Rüstungsgüter nach Peru. Darunter befinden sich häufig Teile für U-Boote und andere Ersatzteile für den Schiffsbau sowie Kommunikationsausrüstung. Bereits zwischen 1974 und 1977 hat Deutschland die peruanische Marine mit sechs U-209/1200 U-Booten ausgestattet, die sich noch heute im Dienst für den Küstenschutz befinden. In den Jahren 2009 und 2010 lieferten deutsche Firmen Kriegswaffen für 4,5 Mio. Euro bzw. 3,9 Mio. Euro. Im Jahr 2009 handelte es sich insbesondere um Torpedos für die U-Boote der Klasse 209/1200 der peruanischen Marine. Auch im Folgejahr lieferten deutsche Unternehmen hauptsächlich Ersatzteile für U-Boote und Torpedos.

2016 stieg der Wert der deutschen Rüstungsexporte nach Peru erheblich, was auf eine größere Lieferung von LKWs und von Teilen für gepanzerte Fahrzeuge zurückgeht. Auch 2017 wurden deutsche Rüstungsgüter, speziell Feuerleiteinrichtungen, für über 20 Millionen Euro nach Peru exportiert; 2018 genehmigte die Bundesregierung insbesondere U-Boot-Dieselmotoren. 2020 wurde durch die Lieferung von U-Boot-Dieselmotoren, Unterwasserortungsgeräten sowie weiterer Teile für U-Boote mit einem Gesamtwert von 65,6 Millionen ein neuer Höchstwert erzielt.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Peru 2017-2021, Mio. USD

Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2017-2021
Summe	65	94	0	28	97	283

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

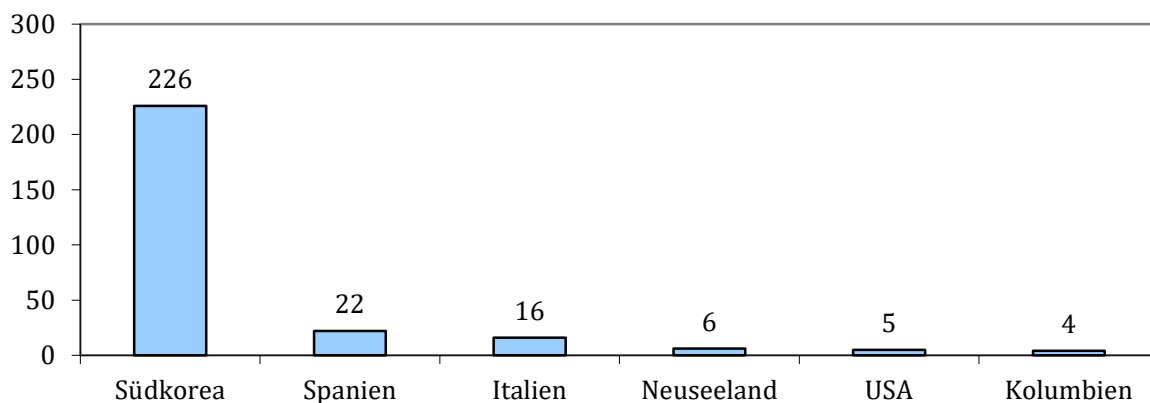
Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Peru 2017-2021, Mio. USD

Da Deutschland zwischen 2017 und 2021 keine kompletten Großwaffensysteme nach Peru lieferte, gibt es keine Angaben zu deutschen Lieferungen in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2017-2021, Mio. USD

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: März 2022) nahm Peru zwischen 2017 und 2021 die 61. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Im Allgemeinen verfolgt Peru seit einigen Jahren eine Strategie der Modernisierung, um so, auch mit Hilfe ausländischer Partner, Flugzeuge und Transporthubschrauber Instand zu setzen. Peru bezieht seine Waffen aus unterschiedlichen Ländern und pflegt enge Beziehungen zu den Lieferstaaten. Ein Großteil der Waffen wird zu deutlich günstigeren Konditionen gebraucht angeschafft. Laut SIPRI war zwischen 2017 und 2021 Südkorea wichtigster Rüstungslieferant für Peru, gefolgt von Spanien und Italien.

Südkoreas große Bedeutung im Rüstungsimport für Peru resultiert hauptsächlich aus der Lieferung von 20 KT-1 Trainingsflugzeugen zwischen 2014 und 2017, zwei amphibischen Transportdocks 2018 und insgesamt sechs Patrouillenbooten zwischen 2016 und 2018. 2016 wurde zudem eine gebrauchte Po Hang Korvette aus Südkorea importiert, 2021 wurde eine weitere geordert und geliefert. Spanien lieferte 2020 zwei gebrauchte C-130H Transportflugzeuge und Italien seit 2015 insgesamt vier Kronos Luftraum-Aufklärungsradargeräte zur Modernisierung der peruanischen Lupo-Fregatten sowie vier Transportflugzeuge des Typs C-27J Spartan. Mit Neuseeland vereinbarte Peru 2014

die Lieferung von insgesamt 5 (teilweise modernisierte) Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr vom Typ SH-2G Super Seasprite. Von diesen wurde bis 2021 einer (nicht modernisiert) Ausgeliefert. Zudem wurden 2016 durch Neuseeland 41 AGM-65 Maverick Seezielflugkörper an Peru ausgeliefert. Die USA lieferten seit 2015 vorwiegend Triebwerke, Dieselmotoren, leichte Helikopter und Flugzeuge sowie Transporthubschrauber, Kolumbien lieferte lediglich ein gebrauchtes AN-32 Transportflugzeug im Jahr 2020.

In den Jahren 2010 und 2013 wurde die Lieferung von insgesamt 30 Transporthubschraubern des Typs Mi-8MT/Mi-17 aus Russland beschlossen, die bis 2016 ausgeliefert wurden. Auch aus der Ukraine importierte Peru 2020 im Rahmen eines 3,8 Millionen Dollar-Geschäftes eine gebrauchte Boeing-737 classic. Im Rahmen eines geschätzten 72-97 Millionen Dollar Geschäftes lieferte Frankreich zwischen 2014 und 2015 16 Exocet Anti-Seezielflugkörper. 2016 wurde zudem ein Astrosat-300 Aufklärungssatellit im Wert von 200 Millionen US-Dollar geliefert.

Lima verfügt seit 2005 wie Chile und Ecuador über einen Rüstungsfond, der maßgeblich durch den Export natürlicher Ressourcen (Gas) gespeist und in Zeiten klammer Kassen für Beschaffungen genutzt wird. Für Beschaffungsvorhaben und Modernisierung stehen bis zum Jahr 2025 geplante 1,2 Milliarden US-Dollar zur Verfügung.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

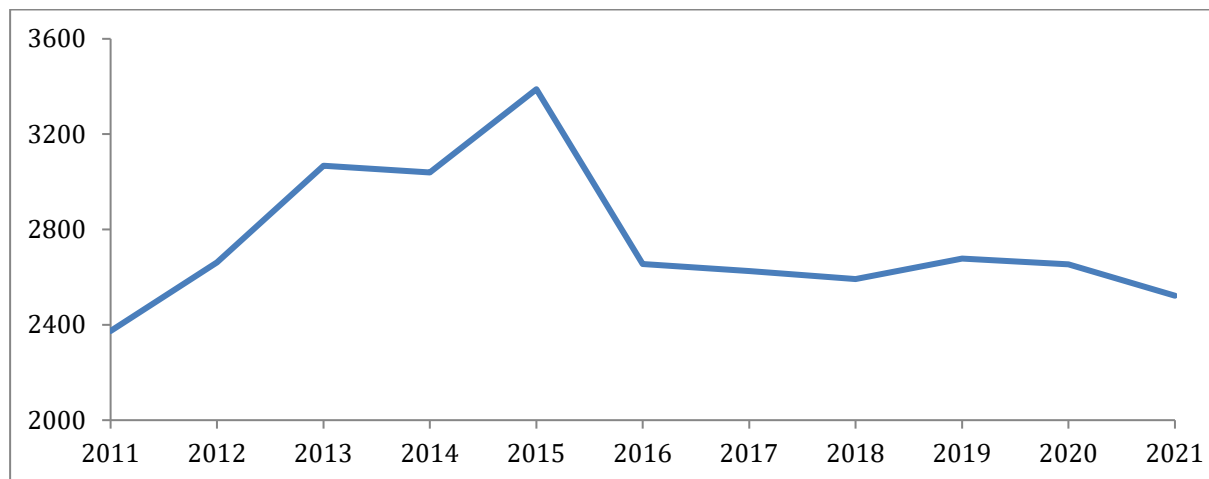
	2017	2018	2011	2020	2021
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	2626	2592	2679	2654	2522
Anteil am BIP (in Prozent)	1,2	1,2	1,2	1,4	1,1
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	5,9	5,5	5,6	4,9	4,5

Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3

Absolute Militärausgaben, Trend 2011 – 2021 in Mio. USD

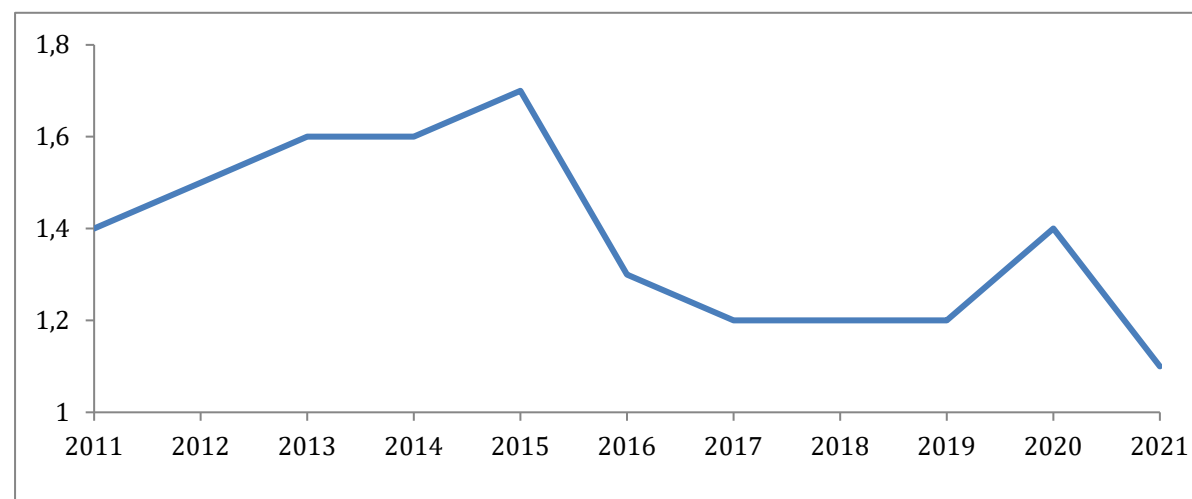


Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2020.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2011 – 2021 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

In Peru existiert keine nennenswerte Rüstungsindustrie. Vereinzelt werden Kleinwaffen und Munition produziert. Daher ist die Regierung bestrebt, in bestimmten Bereichen eigene Kapazitäten aufzubauen, um die Unabhängigkeit bei Rüstungsgütern zu erhöhen.

Dazu unterzeichneten im Jahr 2008 der russische Rüstungskonzern Rosoboronexport und das peruanische Verteidigungsministerium eine Kooperationsvereinbarung, die eine engere Zusammenarbeit im Rüstungssektor vorsieht. Das peruanische Verteidigungsministerium vereinbarte auch mit dem russischen Konsortium Oboronprom (ein russischer Gegenspieler zur europäischen EADS) eine Kooperation zum Aufbau eines technischen Service- und Modernisierungszentrum für Mi-8, Mi-17 und Mi-26 Helikopter. Im Dezember 2011 einigten sich die Verteidigungsminister von Brasilien und Peru auf Basis einer Erklärung aus dem Jahre 2004 auf ein Kooperationsabkommen im Rüstungssektor. Schwerpunkte der bilateralen Zusammenarbeit sollen der Schiffsbau und die Flugzeugindustrie sein. Aus peruanischer Sicht wird dies als Meilenstein beim Aufbau einer heimischen Rüstungsindustrie angesehen. Auch deutsche Unternehmen kooperieren eng mit der peruanischen Rüstungsindustrie, etwa im Bereich der Marine durch die Modernisierung der deutschen U-Boote 209/1200 oder im Bereich des Hubschrauberbaus und der Instandhaltung des Eurocopter Hubschrauber vom Typs Bo-105. Darüber hinaus besteht das Interesse, die Zusammenarbeit im technologischen Bereich zu vertiefen. Insgesamt ist jedoch davon auszugehen, dass keine Großwaffensysteme oder Klein- und Leichtwaffen aus Peru exportiert werden.

Die staatliche Schiffswerft SIMA sowie das staatliche Luftfahrtunternehmen SEMAN haben sich in den letzten Jahren dennoch hervorgetan. So schloss SEMAN 2017 eine Endmontage an einem südkoreanischen Trainingsflugzeug (KT-1) ab und die Marine konnte 2018 das erste, nach südkoreanischem Entwurf, lokal gebaute Mehrzweckschiff entgegennehmen. Das Trainingsflugzeug ist das erste von 20 Flugzeugen eines 208 Millionen Dollar schweren Abkommens zwischen Südkorea und Peru. Außerdem kooperiert SIMA mit anderen südamerikanischen Unternehmen in der Entwicklung von Krankenhausschiffen, die medizinische Versorgung und behördliche Dienste, wie die Ausstellung von Geburts- und Ausweisdokumenten, in entlegenen Regionen erbringen sollen. Des Weiteren lieferte SIMA im Juli 2020 zwei Patrouillenboote der Río Pativilca-Klasse und befindet sich derzeit im Bau von Flusstransportschiffen (Motochatas), mit deren Hilfe auf dem Landweg nicht erreichbare Außenposten der Armee mit Ausrüstung versorgt werden sollen.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Nein

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

81.000 aktiv, davon:

Heer: 47.500

Marine: 24.000 (einschließlich 1.000 Küstenwacheeinheiten)

Luftwaffe: 9.500

Reserve: 188.000

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: 77.000, davon:

Nationale Polizei: 77.000

Rondas Campesinas: k. A.

Quelle: IISS Military Balance 2022

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2013–2021

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Aktive in 1.000 (IISS)	115	115	81	81	81	81	81	81	81
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	3,9	3,8	2,7	2,6	2,6	2,5	2,5	2,5	2,4

Quellen: IISS Military Balance, 2014-2022, World Bank

Kommentar

Das peruanische Militär verfügt über Heer, Marine und Luftwaffe, wobei eine Mehrzahl der Soldat:innen im Heer konzentriert ist. Zusätzlich steht eine große Reserve bereit, auf die zurückgegriffen werden kann. Nach Brasilien und Kolumbien besitzt Peru die größten Streitkräfte der Region. Seine Streitkräfte nehmen an zahlreichen Missionen der Vereinten Nationen wie etwa in der Zentralafrikanischen Republik oder im Sudan teil.

In erster Linie liegt ihre Aufgabe im Erhalt der territorialen Integrität und der inneren Sicherheit, mit Schwerpunkt auf Katastrophenbewältigung sowie Drogen- und Aufstandsbekämpfung. Die Effektivität der Streitkräfte ist allerdings durch die alternde Ausrüstung und geringen Militärausgaben beschränkt. Mit Kolumbien besteht eine Kooperation zur Luftraumüberwachung, zur humanitären Hilfe und zur Drogenbekämpfung.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	240	Davon 75 mit zweifelhafter Einsatzfähigkeit eingelagert
Leichte Panzer	96	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	295	

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Aufklärer	95	
Bergepanzer	Einige	M578
Artillerie	1011	
Panzerabwehr	22	Zusätzlich einige tragbare Panzerabwehrsysteme (u.a. <i>AT-3 Sagger</i> , <i>Kornet E</i>) sowie rückstoßfreie Geschütze (<i>M40A1</i>)
Luftabwehr	165	Zahl der Geschütze, zusätzlich einige Boden-Luft-Raketen (u.a. <i>Strela-3</i> , <i>Igla-1</i>)
Transportflugzeuge	17	
Ausbildungsflugzeuge	4	
Ausbildungshubschrauber	4	
Mehrzweckhubschrauber	7	
Transporthubschrauber	36	Davon 3 im Lager

Quelle: *IISS Military Balance 2022*

Kommentar

Das peruanische Heer verfügt zwar über eine Vielzahl schwerer Waffensysteme sowie zahlreiche Geschütze und Panzerabwehr. Diese sind jedoch größtenteils veraltet. Teilweise sind Waffen und Gerät nur bedingt einsatzbereit. Das Heer profitierte, wie auch die anderen Teilstreitkräfte, von einem umfassenden Modernisierungsprogramm aus dem Jahr 2007, wodurch in den folgenden Jahren zusätzlich 1,3 Milliarden US-Dollar aus Gasverkäufen bereitgestellt wurden. Bereits im Jahr 2004 wurde ein Gesetz erlassen, das die Zuweisung von 20 Prozent der Erlöse aus dem Gasverkauf zu gleichen Teilen an das Heer, die Marine, die Luftwaffe sowie die Nationalpolizei vorsah. Entgegen jüngeren Entwicklungen enthielt das Weißbuch aus dem Jahr 2005 keine Informationen über Truppenstärke und Struktur sowie Bedarfe an Waffen und anderem Material. Auch wenn sich die Informationslage verbessert hat, ist weiterhin in einigen Bereichen unklar, welche Prioritäten bestehen oder welche Waffen angeschafft werden sollen.

Im Jahr 2010 hat das Heer neben einigen Transport- und Schützenpanzern aus China und Korea zahlreiche Spike-Raketen und Kornet-Raketenwerfer aus Israel und Russland bezogen. Auch im Jahr zuvor wurden aus diesen beiden Ländern Spikes und Kornets geliefert. 2016-2017 wurde das Heer mit insgesamt 338 Militär-LKWs von Rheinmetall MAN Military Vehicles ausgestattet. Ende 2016 wurde bekannt, dass unter der Bedingung der Zustimmung des US-Kongresses 178 Stryker Infanterietransporter aus den USA geliefert werden sollen, welche für die Grenzsicherung, Katastrophenschutz und gegen die Terrorgruppe „Leuchtender Pfad“ eingesetzt werden sollen.

Eine bemerkenswerte Anschaffung war der Kauf eines französischen Aufklärungssatelliten Astrosat-300 im Jahr 2014 (geliefert 2016), der von der Nationalen Kommission für Weltraumforschung und -entwicklung unterhalten wird.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	6	
Fregatten	7	
Patrouillenboote	13	
Davon Korvetten	7	
Amphibienfahrzeuge	10	
Logistik und Unterstützung	24	

Quelle: IISS Military Balance 2022

Box 2

Weitere Marineeinheiten

Marineflieger:

8 Seefernaufklärer

5 Ausbildungsflugzeuge

5 Transportflugzeuge

1 Flugzeug zur elektronischen Kriegsführung

6 Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr

5 Ausbildungshubschrauber

10 Transporthubschrauber

3 Mehrzweckhubschrauber

Einige Raketen (AM-39 Exocet)

Marineinfanterie:

7 Aufklärungsfahrzeuge

Mehr als 47 gepanzerte Mannschaftstransporter

Mehr als 18 Artilleriegeschütze

Einige tragbare Panzerabwehrwaffen (Carl Gustav, M40A1)

Einige Luftabwehrgeschütze

Quelle: IISS Military Balance 2022

Kommentar

Die peruanische Marine ist mit dem Schutz der Küstengewässer, der Flüsse sowie der Gewässer des pazifischen Ozeans in dem Gebiet der Exklusiven Wirtschaftszone (EEZ) beauftragt. Während zu Beginn der 1980er Jahre ein umfassendes Modernisierungsprogramm einsetzte und die Marine zahlreiche neue Schiffe in Dienst nahm, begann mit der Wirtschaftskrise Ende der 1980er Jahre ein Rückbau. Schiffe wurden außer Dienst genommen und Beschaffungsvorhaben auf Eis gelegt. Bereits in den 1970er Jahren hatte das Land sechs deutsche U-209/1200 U-Boote gekauft, für die derzeit eine Modernisierung geplant ist. Unklar ist jedoch, wie lange die U-Boote noch im Dienst bleiben, da sie bereits stark veraltet sind.

Angesichts des veralteten Materials, das häufig gebraucht beschafft wurde, ist davon auszugehen, dass die peruanische Marine in Zukunft nur auf stark veraltete Schiffe zurückgreifen kann. Neben den deutschen U-Booten bilden italienische Lupo Fregatten den Kern der Marine. Unklar ist der Status des Flaggschiffs der Marine. Ein 1973 in Dienst genommener und 1985/88 modernisierter holländischer Zerstörer (Baujahr späte 1940er Jahre) wurde erst in jüngster Vergangenheit ausgemustert. Als möglicher Ersatz stehen italienische De la Penne-Klasse Zerstörer, deutsche Brandenburg- und Bremen-Klasse Fregatten und zwei M-Klasse Fregatten der niederländischen Marine zur Diskussion. Zum Schutz der Küstengewässer ist davon auszugehen, dass in den kommenden Jahren neue Patrouillenboote beschafft werden. So hat Peru bspw. zwischen 2016 und 2018 insgesamt sechs Patrouillenboote vom Typ PGCP-50 aus Südkorea importiert. Außerdem lieferte Südkorea 2016 eine gebrauchte Po Hang Korvette. Ende 2012 hat die peruanische Marine für 72 Millionen Euro 16 MM40 Exocet 3 radar-gesteuerte Anti-Schiffsraketen bestellt, die auf den generalüberholten Lupo Fregatten zum Einsatz kommen sollen und zwischen 2014 und 2015 geliefert wurden. Bis 2021 sollen vier der sechs U-Boote durch SIMA nach- und aufgerüstet werden.

Insgesamt zielt die umfassende Modernisierung darauf ab, die Marine einerseits für den Einsatz zur Unterbindung des Drogenhandels in der Region und andererseits zur Abwehr gegen ausländische Kriegsschiffe auszurüsten. In diesem Zusammenhang hat Peru den Kauf von bis zu fünf Griffon 2000TD Luftkissenboote beschlossen, die besonders im Amazonasgebiet entlang der brasilianischen Grenze eingesetzt werden sollen. Die peruanischen Marineflieger haben zuletzt holländische Fokker-60 in Dienst genommen, die die Aufklärungs- und Überwachungskapazitäten verbessern sollen.

2021 wurden zudem sieben Patrouillen-, Abfang- und Versorgungsboote empfangen.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Abfangjäger	12	Einsatzfähigkeit einiger zweifelhaft
Jagdbomber	19	
Kampfflugzeuge	33	Davon 14 (Frogfoot A und B) eingelagert

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Aufklärungsflugzeuge	5	
Ausbildungsflugzeuge	74	Davon 10 kampffähig; Einsatzfähigkeit einiger zweifelhaft
Tank- und Transportflugzeuge	2	
Transportflugzeuge	37	Davon 2 Passagierflugzeuge
Kampfhubschrauber	18	
Ausbildungshubschrauber	4	
Mehrzweckhubschrauber	12	
Transporthubschrauber	25	
Luftabwehr	Einige	u. a. S-125 <i>Pechora</i> , <i>Javelin</i>
Raketen	Einige	u. a. R-550 <i>Magic</i> ; Kh-58

Quelle: IISS *Military Balance 2022*

Kommentar

Die peruanische Luftwaffe weist den größten Modernisierungsbedarf innerhalb der Streitkräfte auf. Es wird berichtet, dass nur etwa 30 Prozent der Flugzeuge für Einsätze, Operationen und Trainingsflüge bereitstehen. Während in dem 2007 verabschiedeten Modernisierungsplan noch die Aufteilung der Gelder zu gleichen Teilen zwischen den Teilstreitkräften vorgesehen war, hat sich inzwischen der Fokus deutlich zu Gunsten der Luftwaffe verschoben. Insgesamt ist die peruanische Luftwaffe auf die Verteidigung des Luftraums sowie auf die Aufstandsbekämpfung (COIN) ausgerichtet. Zunehmend hat sie sich auf die südliche Grenze mit Chile konzentriert, um eine effektive Abschreckung angesichts des noch schwelenden maritimen Konfliktes mit dem Land. Dazu sind in den letzten Jahren auch einige Hubschrauber mit neuen Überwachungs- und Waffensystemen ausgestattet worden.

In den letzten Jahren ist es gelungen zahlreiche Modernisierungsprogramme anzustoßen, die einerseits ein Upgrade der MiG-29 sowie die Instandsetzung der Mirage 2000 Kampfflugzeuge vorsahen. Bis zu 19 MiG-29 Kampfflugzeuge wurden für etwa 100 Mio. US-Dollar in Russland umfassend modernisiert. Zur Bekämpfung des Kokainanbaus und des Terrorismus vereinbarten Russland und Peru die Lieferung von zwei Mi-35P Kampfhubschraubern im Frühjahr 2011. Zu gleichen Zwecken und zur Aufstandsbekämpfung wurden im Jahr 2016 südkoreanische KAI KT-1 Turbopropflugzeuge bestellt, die teilweise kollaborativ in Peru gebaut werden.

Zuletzt hat der russische Hersteller *Russian Helicopters*, Berichten folgend, insgesamt 30 Mi-171Sh Transporthubschrauber geliefert, sechs weitere sollen folgen (die SIPRI-Datenbank listet allerdings nur 24 Stück auf). Ebenso hat Südkorea acht A-37B Dragonfly – leichte Kampfflugzeuge – an die peruanische Regierung überstellt. In Kanada hat die peruanische Luftwaffe zwölf Transportflugzeuge des Typs DHC-6 Twin Otter im

Wert von 67 Millionen US-Dollar bestellt, die Auslieferung erfolgte bis 2014. Die vier gelieferten italienischen C-27J Spartan Transportflugzeuge werden die Kapazitäten der peruanischen Luftwaffe weiter stärken. Anfang 2016 begann die Modernisierung der L-100 Hercules Transportflugzeuge.

Im Oktober 2016 wurde bekannt, dass Russian Helicopters ein Trainingszentrum in Peru errichten wird, was im Zusammenhang mit dem Kauf der 24 Mi-171Sh Mehrzweck- und Transporthubschraubern steht. 2017 beschloss die peruanische Regierung in Reaktion auf massive Überflutungen, unter anderem neue Hubschrauber und Transportflugzeuge anzuschaffen. Spekuliert wurde in diesem Zusammenhang unter anderem über sechs Lockheed Martin 130 Hercules-Flugzeuge, acht Leonardo C-27J Spartan-Flugzeuge, acht Mehrzweck- und Transporthubschrauber des Typs Mi-171 und vier SAR-Helikopter. Insgesamt deuten die Rüstungsanschaffungen für die Luftwaffe der letzten Jahre darauf hin, dass das Inventar diversifiziert werden soll, um Herausforderungen, wie dem Drogenhandel und dem „Leuchtenden Pfad“ begegnen zu können.

Die Spekulationen haben sich in Bezug auf die KC-130 Hercules bestätigt (gebraucht gekauft von Spanien in 2020) – diese werden nun als Tank- und Transportflugzeuge genutzt. Des Weiteren wurden allerdings acht Enstrom F280FX bestellt, von welchen bisher zwei geliefert wurden und die vermutlich die alternde S-300C-Flotte ersetzen sollen. Die restlichen sollen bis Ende 2022 geliefert werden.

Im Januar und April 2021 kam es jeweils zu Helikopter-Abstürzen. Der erste Absturz eines A109K2 verlief ohne Tote, bei dem Absturz eines Mi-17 kamen allerdings 6 Soldat:innen ums Leben. Beide Abstürze waren vermutlich technisch bedingt.

Box 3

Paramilitärische Einheiten

Küstenwache:

45 Patrouillenboote

1 Logistik- und Unterstützungsschiff

3 Transportflugzeuge

Nationale Polizei:

120 gepanzerte Mannschaftstransporter

5 Transportflugzeuge

4 Mehrzweckhubschrauber

16 Transporthubschrauber

Quelle: IISS Military Balance 2022

Box 4

Peacekeeping

Demokratische Republik Kongo (MONUSCO): 6 Soldat:innen

Libanon (UNIFIL): 1 Soldat:in

Sudan (UNISFA): 3 Soldat:innen

Südsudan (UNMISS): 5 Soldat:innen

Zentralafrikanische Republik (MINUSCA): 217 Soldat:innen

Quelle: IISS Military Balance 2022

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Perus Militär nimmt eine zwar umstrittene Rolle in Gesellschaft und Politik ein, ist aber dennoch tief verankert. Unter der Herrschaft Präsident Fujimoris in den 1990er Jahren übte es einen starken Einfluss auf die Politik aus. Erst im letzten Jahrzehnt ist es gelungen, die zivile Kontrolle über das Militär zu verbessern und auszubauen. Verteidigungsbudgets und Sicherheitspolitik werden eher von der Politik und nicht vom Militär bestimmt. Seit 2001 stehen erstmals Zivilist:innen an der Spitze des Verteidigungsministeriums und des Geheimdienstes. Zusätzlich ist es gelungen, die militärischen Prärogativen der vergangenen Jahrzehnte abzuschaffen. Diese Beschneidung der Rechte des Militärs bildete eine Grundvoraussetzung für seine bessere zivile Kontrolle. Dabei betraf dieser Einschnitt nicht nur die nationale, sondern auch die regionale Ebene. Auch wenn das Militär weiterhin in den lang umkämpften Gebieten der maoistischen Gruppierung Leuchtender Pfad (Sendero Luminoso) für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Sicherheit zuständig ist, hat es dort seine besondere wirtschaftliche und politische Stellung eingebüßt. Der Konflikt zwischen der Regierung sowie den Rebell:innengruppen Leuchtender Pfad und der Revolutionären Bewegung Túpac Amara zwischen 1980 und 2000 verursachte viel Leid in der Zivilbevölkerung und forderte zahlreiche Todesopfer. Aufgrund dieser Erfahrungen besteht in Teilen der Bevölkerung ein starkes Misstrauen gegenüber dem Militär. Viele Bürger:innen und zahlreiche Menschenrechtsgruppen werfen den Streitkräften massive Menschenrechtsverletzungen in dieser Zeit vor. Nach dem Ende der Amtszeit Fujimoris begann die Aufarbeitung der Menschenrechtsverbrechen des Militärs in der Zeit zwischen 1980 und 2000. Erstmals wurden die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, dass sich Militärangehörige vor einem zivilen Gericht verantworten mussten. Zusätzlich wurde bereits 2001 unter dem damaligen Präsidenten Paniagua eine Wahrheits- und Versöhnungskommission eingerichtet. Innerhalb des Militärs sind das Thema Menschenrechtsverletzung und dessen Aufarbeitung auf Ablehnung gestoßen. Mit der Debatte der letzten Jahre über die Errichtung eines Denkmals für Soldat:innen, die während ihres Kampfes gegen Rebell:innengruppen zwischen 1980 und 2000 gefallen sind, hat die Auseinandersetzung über die Menschenrechtsverletzungen in der Gesellschaft neuen Zündstoff bekommen.

Dennoch gilt das Militär, einer Umfrage des Latinobarometers aus dem Jahr 2020 zufolge, als eine der vertrauenswürdigsten Institutionen des Landes: während im Jahr 2010 lediglich 4,5 Prozent der Befragten angaben, ein hohes Vertrauen in das Militär zu besitzen und 25 Prozent angaben, überhaupt kein Vertrauen in die Institution zu haben, waren es 2020 17 Prozent die ein hohes Vertrauen und 16,9 Prozent, die überhaupt kein Vertrauen anführten. Lediglich die Kirche genießt der Umfrage zufolge ein höheres Vertrauen.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2016	2017	2018	2019	2020
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

https://data.imf.org/?sk=4e99eda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

In weiten Teilen hat Peru die Polizei- und Sicherheitsstrukturen von Spanien und Portugal geerbt. Diese waren stark zentralistisch, militaristisch und sehr regierungsnah. Im Jahr 1988 wurde die heutige peruanische Nationalpolizei geschaffen, die aus einem Zusammenschluss der bis dahin existierenden Republikanischen Garde, der Zivilen Garde und der Kriminalpolizei hervorging und ebenfalls militaristisch ausgerichtet war. In der Zeit des Bürgerkrieges in Peru war die Polizei in den Konfliktgebieten, die mehr als die Hälfte des Landes ausmachten, direkt dem Militär unterstellt und auch an Menschenrechtsverletzungen beteiligt. Zur gleichen Zeit war die Polizei auch regelmäßig Opfer terroristischer Anschläge. In Fujimoris Amtszeit waren sowohl Polizei als auch Militär verlängerter Arm des Regimes und wurden durch den Geheimdienst kontrolliert. Mit systematischer Bestechung und Einschüchterung durch den Präsidenten und den Geheimdienst konnte ihre Loyalität sichergestellt werden.

Nach dem Sturz Fujimoris begann eine Polizeireform, deren Ziele und Durchführung jedoch nicht klar definiert waren. Innerhalb des Innenministeriums wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die die Reform koordinieren sollte, doch die großen Versprechen der Demokratisierung wurden nicht eingehalten. Letztlich behielt die Polizei einen Großteil ihrer Macht.

Heute untersteht die Nationalpolizei der zivilen Führung im Innenministerium und besteht aus bis zu 26 Abteilungen, von denen die wichtigsten DINOES (Spezialoperationen), DINANDRO (Drogenbekämpfung), DININCRI (Kriminalpolizei) und DIRCOTE (Terrorismusabwehr) sind. In der Nationalpolizei verrichten ca. 124.000 Polizist:innen (Stand: 2015) ihren Dienst. Obwohl sowohl weiterhin Korruption als auch gesellschaftliches Misstrauen herrschen und die Polizeireform wenig Erfolge vorweisen kann, hat das allgemeine Vertrauen in die Polizei, Daten des World Value Survey (2017 – 2020) zufolge, in den vergangenen Jahren zugenommen.

Neben der Polizei prägen die *serenazgos* (Wächter:innen) das Stadtbild vieler Städte in Peru. Diese uniformierten Sicherheitskräfte sind in der Regel von den städtischen Verwaltungen organisiert und werden von dort koordiniert. Sie sind unbewaffnet und stammen aus der Zeit des Bürgerkrieges, als die Polizei in die Aufstandsbekämpfung involviert war und ihrer eigentlichen Aufgabe, der Herstellung von Sicherheit für die Bürger:innen, nicht gerecht wurde. Ein Gesetz von 2002 sah zwar eine engere Kooperation mit der Polizei vor, wurde jedoch bis heute nicht umgesetzt. Angesichts des politi-

schen Missbrauchs der *serenazgos* durch einige Bürgermeister:innen ist das Misstrauen innerhalb der Bevölkerung ihnen gegenüber stark gewachsen.

Diese Verunsicherung gegenüber der Polizei und anderen gesellschaftlichen Sicherheitsstrukturen hat einen umfangreichen privaten Sicherheitsmarkt in Peru entstehen lassen. Heute gibt es etwa 540 private Sicherheitsfirmen, die bis zu 90.000 Menschen beschäftigen und zahlreiche Dienstleistungen anbieten, die von Objekt- bis zum Personenschutz reichen.

Informationen nach den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Überblick über die Einstufung nach BICC-Datenbank

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Möglicherweise kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Peru ist den meisten Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten. In der Vergangenheit hat Lima immer wieder Vorstöße unternommen, die Militärausgaben in der Region zu begrenzen und das Problem des generellen Misstrauens zwischen den Staaten als Hindernis für Abrüstung aufzugreifen. Im Bereich der nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle setzt sich Peru aktiv für die nukleare Nichtverbreitung und eine atomwaffenfreie Welt ein. Derzeit sind weder von den Vereinten Nationen noch von der Europäischen Union Sanktionen gegen Peru verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 5**Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2020**

Peru is a constitutional, multiparty republic. President Martin Vizcarra assumed the presidency in 2018 following the resignation of then president Pedro Pablo Kuczynski, under whom Vizcarra was vice president, on corruption allegations. Kuczynski had won the 2016 national elections in a vote widely considered free and fair. Using a provision of the constitution, President Vizcarra dissolved Congress in September 2019 and called for new legislative elections. Free and fair legislative elections took place on January 26 to complete the 2016-21 legislative term, as mandated by the constitution. On November 9, Congress impeached President Vizcarra for alleged corruption, under the “permanent moral incapacity” clause of the constitution. President of Congress Manuel Merino assumed the presidency on November 10 due to the lack of vice presidents but resigned on November 15 following a week of widespread protests. Congress then elected Francisco Sagasti as its new president on November 16, and he consequently became president of the republic. The Peruvian National Police, who report to the Ministry of Interior, maintain internal security. The armed forces, reporting to the Ministry of Defense, are responsible for external security but also have some domestic security responsibilities in exceptional circumstances, such as the COVID-19 national state of emergency declared in March, and in designated emergency areas. Civilian authorities maintained effective control over the security forces. Members of the security forces were accused of committing abuses during protests this year, particularly during November 10-15 protests following the impeachment of former president Vizcarra. Significant human rights issues included: arbitrary detentions (including of minors); serious government corruption at all levels, including in the judiciary; and sex and labor trafficking. The government took steps to investigate and in some cases prosecute or otherwise punish public officials accused of abuses, including high-level officials. Nonetheless, corruption and perception of impunity remained prevalent and were a major concern in public opinion. President Sagasti publicly committed to support the investigation and prosecution of those responsible for abuses during the November 10-15 protests. The Public Ministry, which is the autonomous public prosecutor’s office, and the Inter-American Commission on Human Rights are also assessing the events of November 10-15.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2020
<https://www.state.gov/reports/2020-country-reports-on-human-rights-practices/peru/>

Box 6

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2020/2021

The COVID-19 pandemic exposed shortcomings regarding access to the right to health in Peru. Inequality in access to a fragmented and underfunded health system, coupled with a lack of protection for health workers, contributed to Peru remaining among the 10 countries with the highest per capita death rate in the world. People and communities exposed to toxic metals and other toxic substances continued to demand public policies to ensure medical care. The state failed to respond effectively to continuing high rates of violence against women and girls. The lives of human rights defenders remained at serious risk due to lack of effective protection by the state and of successful criminal investigations into attacks and threats against them. Peru experienced a political, social and human rights crisis following the impeachment of the then President, Martín Vizcarra, in November.

Quelle: Amnesty International Report 2020/2021

<https://www.amnesty.org/en/location/americas/south-america/peru/>

Box 7

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2022

Bewertung für Peru auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 42/60

Politische Rechte: 30/40

Gesamtbewertung: Frei (72/100)

Die Bewertung des Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 8

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2022

Peru has established democratic political institutions and undergone multiple peaceful transfers of power. However, high-profile corruption scandals have eroded public trust in government, while bitter divides within a highly fragmented political class have repeatedly produced political turmoil. Indigenous groups suffer from discrimination and inadequate political representation.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/peru/freedom-world/2022>

Kommentar

Peru hat im vergangenen Jahrzehnt eine bedeutende Entwicklung im Hinblick auf Menschenrechte durchgemacht. Während die Zeit zwischen 1980 und 2000 durch den Bürgerkrieg und die damit verbundenen massiven Menschenrechtsverletzungen geprägt wurde, kamen nach dem Sturz von Präsident Alberto Fujimoris die Aufarbeitung der Verbrechen und eine Verbesserung der Menschenrechtspraxis auf die Tagesordnung.

In der Verfassung sind grundlegende Menschen- und Bürgerrechte wie das Recht auf freie Meinungsäußerung oder die Gleichheit vor dem Gesetz verankert. In der Praxis sind jedoch zahlreiche Mängel, Verstöße und Unzulänglichkeiten festzustellen. Die Rebell:innengruppe Leuchtender Pfad ist weiterhin aktiv und wird für zahlreiche Morde, Einschüchterung sowie das Rekrutieren von Kindersoldat:innen verantwortlich gemacht. Sie ist Berichten zufolge ebenfalls eng in den Drogenhandel verstrickt.

Immer wieder gibt es auch Berichte über Folter durch die Polizei, das Militär und Gefängniswärter:innen. In den seltensten Fällen werden die Täter:innen bestraft. Innerhalb der Grenzgebiete zu Kolumbien und Ecuador sowie in Gebieten, in denen die Rebell:innengruppen weiterhin aktiv sind, übt das Militär eine umfangreiche Kontrolle aus. Dort kommt es häufig zum Verschwinden von Menschen. In einigen Fällen kam es auch zu tödlichen Übergriffen durch die Sicherheitskräfte. Jüngst erschütterte die Polizeigewalt im Rahmen der landesweiten Proteste, die in Folge der Absetzung Vizcarras ausgebrochen waren, das Land (siehe: Kapitel „[Innere Lage](#)“). Hierbei wurden etliche Personen Opfer willkürlicher Verhaftung. Zwei Menschen starben und mindestens 200 Personen wurden verletzt.

In Bezug auf die Medien- und Presse-, die Versammlungs- und generell die Meinungsfreiheit gibt es vereinzelt Versuche der Regierung, diese zu unterbinden oder durch Einschüchterung bestimmte Meinungen zu verbieten. So werden jährlich zahlreiche Journalist:innen wegen vermeintlicher Diffamierung rechtlich belangt und verurteilt. Verbale Angriffe und Verunglimpfung von Journalist:innen sind üblich.

Hinsichtlich der Rechte und politischen Repräsentation von ethnischen Minderheiten besteht in Peru erheblicher Aufholbedarf. 2011 wurde zwar ein Gesetz verabschiedet, dass die Konsultation indigener Gruppen im Fall von Bergbauaktivitäten vorsieht, jedoch wird ihnen kein Vetorecht eingeräumt und die Definition, was eine Gemeinschaft als indigen qualifiziert, ist äußerst schwammig. In der Folge sind indigene Gemeinschaften oft kontaminiertem Wasser und toxischen Metallen ausgesetzt.

Ein großes Problem in Peru bleibt Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Laut einer Untersuchung 2018 sind rund 68 Prozent der Frauen in Peru mindestens einmal Opfer von psychischer, physischer und/oder sexueller Gewalt von Seiten ihrer Partner geworden. Zwischen Januar und September 2019 wurden allein über 133.000 Fälle von Gewalt gegen Frauen gemeldet. Das Ministerium für Frauen und vulnerable Bevölkerungsteile verzeichnete außerdem 166 Femizide sowie 404 versuchte Femizide im Jahr 2019.

Innere Lage im Empfängerland

Box 9

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2020 der Bertelsmann Stiftung

In the 2016 to 2018 period, the political changes that have taken place in Peru have been as numerous as they have been substantial. Pedro Pablo Kuczynski was elected president (2016–2021), in a close election against Keiko Fujimori, the daughter of the former president. His narrow victory by less than half a percentage point was a record in Peruvian history. Kuczynski's government was as the fourth consecutive elected government since the fall of Alberto Fujimori in 2000. Kuczynski's administration lasted less than two years. In March 2018, he resigned as president before Congress

could remove him from his position after impeaching him for a second time. Martín Vizcarra, his vice president, replaced him as president and will lead the country until 2021. The distinctive political feature of 2016 to 2018 period was the tense relationship between the executive and the legislature. The opposition, led by the Fujimorista majority party, Popular Force (Fuerza Popular, FP), managed to impose repeatedly on the Kuczynski government. Gradually the relationship was degraded, even becoming belligerent. This resulted in questioning and censures of the main figures in Kuczynski's ministerial cabinet. Also, the government could not properly manage the destruction caused by the El Niño phenomenon, which revealed the limits and weaknesses of Kuczynski's administration. The congressional majority used this to actively criticize the executive for its incapacity. Thus, Kuczynski was extremely weakened toward the end of 2017. The coup de grâce was the revelation of Kuczynski's alleged links with the Brazilian construction company Odebrecht, particularly during his tenure as director of the Ministry of Economy in Alejandro Toledo's government. Faced with Congress's motions to remove him from office, Kuczynski was forced to resign. Vice President Martín Vizcarra replaced Kuczynski and quickly formed a new government. Vizcarra seemed only to represent an extremely weak executive, subject to the interests and calculations of the Fujimorista opposition. The majority perception was that Vizcarra was fully cooperating with the Fujimoristas and their leader, Keiko Fujimori. Meanwhile, opinion polls consistently showed he had little popular support. However, the revelation of the corruption scandal involving high-level judicial power and opposition politicians gave Vizcarra the chance to redirect his administration and prove his ability to govern. Since July 2018, Vizcarra has emerged as a leader in the fight against corruption in the public sector, which earned him the recognition of civil society actors and the public.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2021)

Im Jahresbericht 2021 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, liegt Peru auf Platz 105 (2020: Platz 94), zusammen mit Cote d'Ivoire, Ecuador, Moldawien und Panama. Deutschland liegt auf Platz 10.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2021/index/nzl>

Spannungen und innere Konflikte

Peru ist nach wie vor durch zwei Jahrzehnte Bürgerkrieg von 1980 bis 2000 geprägt, der zwischen der Regierung auf der einen Seite und den Rebell:innengruppen Leuchtender Pfad und der Revolutionären Bewegung Túpac Amara auf der anderen Seite ausgetragen wurde. Seit 2000 ist eine Deeskalation des Konflikts zu verzeichnen, jedoch keine Beendigung. Immer wieder kommt es zwischen Regierungstruppen und Anhänger:innen der Rebell:innengruppen, insbesondere des Leuchtenden Pfads, zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, die auf beiden Seiten Tote fordern. Die Gruppe Leuchtender Pfad hat sich inzwischen in zwei Fraktionen aufgespalten. Beide werden beschuldigt, den Drogenhandel des Landes zu kontrollieren und Menschen als Zwangsarbeiter:innen gefangen zu halten. Seit etwa 2008 besteht zudem zwischen verschiedenen Oppositionsgruppen und Bergarbeiter:innenverbänden auf der einen und der Regierung auf der anderen Seite ein Konflikt über die liberale Wirtschaftspolitik und den Umgang mit den natürlichen Ressourcen des Landes. Indigene Bevölkerungsgruppen reklamieren immer wie-

der einen Anteil der Rohstoffeinnahmen für sich und wehren sich gegen die Ausbeutung des Amazonasgebiets. Es kam in diesem Zusammenhang zu Zusammenstößen zwischen Demonstrant:innen und der Polizei mit dutzenden Toten. Außerdem kam es zu Massenprotesten gegen die Gewalt gegen Frauen, die unter anderem aus den vielen Taten sexueller Gewalt resultierten.

Ende 2020 ereigneten sich in Peru Massenproteste in Folge der Absetzung von Präsident Vizcarra. Mit dem Argument eines „Mangels an Moral“ hatte der Kongress ihn im Rahmen zweifelhafter legaler Prozesse abgesetzt. Gegen Vizcarra läuft aktuell eine Untersuchung wegen vermeintlicher Korruption. Er hatte zahlreiche Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption im Land initiiert. Unter den Kongressmitgliedern, die für eine Absetzung von Vizcarra stimmten, waren etliche Personen, gegen die aktuell Untersuchungen wegen mutmaßlicher Korruption laufen. Zwischen dem 9. und 15. November fanden weitreichende Demonstrationen in mehreren Teilen des Landes gegen die Absetzung Vizcarras statt. Human Rights Watch beschreibt, dass die Polizei im Zuge dessen in Lima exzessive Gewalt gegen die Demonstrant:innen einsetzte. Die Proteste führten zum Rücktritt von Manuel Merino, dem Kongressführer, der in Folge von Vizcarras Absetzung zum Präsidenten ernannt worden war. Am 16. November 2020 wurde Francisco Sagasti vom Kongress zum Interimspräsidenten gewählt. In Folge der Polizeigewalt gegen die Demonstrant:innen setzte sich der Protest fort. Die Demonstrant:innen forderten ein Ende der Polizeigewalt, Gerechtigkeit für die Opfer der Gewaltanwendung durch die Sicherheitskräfte sowie eine neue Verfassung. Im Rahmen der Proteste starben Ermittlungen der UN zufolge zwei Menschen, während mindestens 200 Personen verletzt wurden. Etliche Personen wurden festgenommen und Journalist:innen fielen Angriffen und Drohungen zum Opfer. Nach den Ereignissen kam es zu zahlreichen Streiks im Land, u. a. von Seiten von Beschäftigten im Agrarsektor. Hierbei wurden Straßen blockiert, woraufhin Lebensmittelengpässe entstanden. Bergbauarbeiter:innen schlossen sich im Dezember den Protesten an und initiierten weitere Straßenblockaden. Die Regierung reagierte auch hierauf mit gewaltvoller Repression. Ein Streikteilnehmer wurde erschossen. Im Januar 2021 wurden schließlich Gespräche zwischen den Streikenden und der Regierung initiiert. Im Juni wurde schließlich Pedro Castillo zum Präsidenten gewählt. Wie sich die innere Lage unter dem neuen Präsidenten entwickeln wird, bleibt abzuwarten.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Peru liegt im westlichen Teil Südamerikas und grenzt im Norden an Ecuador und Kolumbien, im Osten an Brasilien und Bolivien sowie im Süden an Chile. Im Westen liegt das Land am Pazifik.

Politische Situation in der Region

In der Region herrschen unterschiedliche politische Situationen. Zwar ist die politische Lage in einigen Staaten der Region als stabil zu bezeichnen, in anderen wiederum herrschen weiterhin Konflikte, soziale Auseinandersetzungen und politische Umbrüche. Zu nennen sind vor allem sowohl der innere Konflikt in Kolumbien als auch die zwi-

schenstaatlichen Auseinandersetzungen Kolumbiens mit Venezuela und Ecuador wegen Verletzungen der Grenzen. Daneben gibt es eine Reihe weiterer ungelöster Grenzfragen in der Region.

Die gesamte Region ist von dem Kampf um die regionale Vorherrschaft gekennzeichnet. Vor allem Brasilien ist bestrebt, durch den Ausbau und die Modernisierung seines Militärs seinen regionalen Führungsanspruch zu untermauern. Stabile demokratische Verhältnisse und sein starkes wirtschaftliches Wachstum waren für diese Entwicklung ebenfalls förderlich. Aufgrund der Abnahme des wirtschaftlichen Wachstums verminderten sich (vermutlich temporär) zunächst auch die Militärausgaben. Trotz ihres Konfliktes um die Führungsrolle haben Brasilien, Mexiko und Venezuela in der letzten Zeit eine deutliche Verbesserung ihrer Beziehungen erzielt. So bot der ehemalige brasilianische Präsident Lula da Silva z. B. Caracas seine Vermittlungstätigkeit im Streit mit Kolumbien an.

In Kolumbien ist der bewaffnete Konflikt zwischen linksgerichteten Guerillagruppen und dem kolumbianischen Militär nach wie vor ungelöst. Ein erfolgreich verhandelter Friedensvertrag zwischen der kolumbianischen Regierung und den FARC-Rebell:innen scheiterte zunächst am Ergebnis eines Referendums der kolumbianischen Bevölkerung. Verhandlungsführer:innen beider Seiten sowie der Opposition und Vertreter:innen der Zivilgesellschaft überarbeiteten und präzisierten das bestehende Vertragswerk daraufhin, sodass dieses im Dezember 2016 von Unterhaus und Senat jeweils einstimmig verabschiedet wurde. Im Juni 2017 erklärte die VN-Beobachtermission für Kolumbien die Entwaffnung der FARC-Rebell:innen für abgeschlossen. Seit Februar 2017 führt Kolumbiens Regierung auch Friedensverhandlungen mit der ELN. Diese ist mit rund 2.500 Mitgliedern derzeit die größte noch aktive Guerillaorganisation in Kolumbien. Im September 2017 konnten sich die Parteien auf einen Waffenstillstand vom 1. Oktober 2017 bis zum 12. Januar 2018 einigen. 2018 und 2019 verübte die marxistische Rebell:innengruppe jedoch erneut eine Vielzahl blutiger Anschläge auf Zivilist:innen und kolumbianische Sicherheitskräfte. Aufgrund der Corona-Krise hat die marxistische ELN im März 2020 eine vorrübergehende Waffenruhe erklärt. Auch Paramilitärs stehen im Konflikt mit den kolumbianischen Guerillagruppen.

Wirtschaftlicher Brennstoff des Konfliktes ist der Drogenanbau, besonders von Kokaïn. Kolumbien behauptet, Ecuador und Venezuela würden die Guerillagruppen unterstützen, was beide Regierungen jedoch bestreiten. Im Jahr 2008 kam es zu einem militärischen Zwischenfall, als die kolumbianische Luftwaffe FARC-Rebell:innen auf ecuadorianischem Hoheitsgebiet angriff. Zwar wurde die daran anschließende diplomatische Eskalation bei einem Gipfeltreffen offiziell beigelegt, dennoch reichte Ecuador im vergangenen Jahr gegen Kolumbien Klage am Internationalen Strafgerichtshof ein. Weiterhin operieren kolumbianische Militärs auf ecuadorianischem Gebiet. 2015 kam es erneut zu einem Zwischenfall an der venezolanisch-kolumbianischen Grenze, woraufhin ca. 7.000 Kolumbianer:innen aus Venezuela vertrieben wurden und die Grenze durch Venezuela geschlossen wurde. Aufgrund wirtschaftlicher Engpässe in Venezuela kam es im August 2016 zu einer Öffnung der Grenzen.

Zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts wurde immer wieder darüber diskutiert, ob in der Region ein Rüstungswettlauf zu beobachten sei. Fest steht, dass einige Länder in Lateinamerika zu Beginn der Dekade beträchtlich in den Verteidigungshaushalt investierten, zahlreiche neue Waffen einkauften und sich teilweise noch immer in Moderni-

sierungsprozessen befinden. Zu diesem Zweck bestehen zwischen Venezuela und Russland, Kolumbien und den USA sowie zwischen Brasilien und Frankreich strategische Rüstungsallianzen. Venezuela unternahm im Jahr 2005 etwa vier große Waffenkäufe im Wert von mehr als 1,7 Milliarden US-Dollar (12-24 Super Tucano Flugzeuge aus Brasilien, 15 Helikopter, 12 C-295 Flugzeuge aus Spanien und zahlreiche Boote ebenfalls aus Spanien). Insbesondere die Anschaffung von Fregatten aus Spanien wird von Kolumbien als destabilisierend für die Region beschrieben. Ebenfalls kritisch sieht die kolumbianische Regierung die Anstrengungen Venezuelas, Maschinengewehre russischer Lizenz zu produzieren (AK-47), da sich diese im kolumbianischen Konflikt verbreiten könnten. Angesichts zahlreicher Funde venezolanischer Waffen in Kolumbien in den letzten Jahren erscheint diese Sorge durchaus berechtigt. 2009 vereinbarte Venezuela einen 2,2 Billionen USD-Handel mit Russland, der die Lieferung von Kampf- und Schützenpanzern und eines Luftabwehrsystems beinhaltete. Aufgrund einer seit 2014 andauernden wirtschaftlichen Krise und hohen Inflationsraten in Venezuela wurde die Aufrüstung jedoch stark eingeschränkt. Es kam im vergangenen Jahrzehnt zudem zu einer Reihe vertrauensbildender Maßnahmen in der Region, so z. B. die OAS Firearm Convention zur Kontrolle von Klein- und Leichtwaffen in Südamerika oder OAS Transparency Convention zur besseren Transparenz bei Beschaffung konventioneller Großwaffensysteme. Die Waffenkäufe erschweren die regionale sicherheitspolitische Kooperation zwar grundsätzlich, dennoch kann heute konstatiert werden, dass die erheblichen Steigerungen der Verteidigungshaushalte zwischen 2011 und 2014 von Kürzungen im Rüstungsbereich ab 2015 in etwa ausgeglichen wurden. Während regionale Trends vor allem von Brasilien bestimmt werden (2020 entfielen 42 Prozent der regionalen Militärausgaben allein auf das Land), liegen sowohl Brasiliens Rüstungsausgaben als auch der regionale Durchschnitt in den letzten 10 Jahren unter dem globalen Durchschnitt von 2,1 Prozent am BIP.

Eine besondere Herausforderung für die Region stellt die venezolanische Krise dar, die zu einer der größten Fluchtbewegungen weltweit geführt hat. Mehr als Prozent der venezolanischen Bevölkerung befinden sich aktuell auf der Flucht. Ursachen der Krise sind u. a. die hohe Kriminalitätsrate und mangelhafte Sicherheitslage, die Wirtschaftskrise im Land, die zu einer der schwersten aktuell weltweit zählt, Armut und erhebliche Defizite im Zugang zu Gesundheitsversorgung sowie politische Repression. In Folge der Wahlen 2018 erklärten sich Nicolas Maduro sowie Juan Guaidó zum Sieger. Der Konflikt um die Präsidentschaft bestand bis 2020 fort. Staaten wie Argentinien, Chile, Kolumbien, Brasilien, Kanada, Deutschland, Frankreich und die USA bewerteten die Wahl als gefälscht und erkannten Guaidó als Präsidenten an. Andere Staaten, darunter Kuba, China, Russland, Türkei und Iran, betrachteten Maduro als rechtmäßigen Präsidenten Venezuelas. Infolge der venezolanischen Wahlen im Jahr 2020 entzogen mehrere Staaten und Organisationen, wie die EU, Guaidó die Anerkennung als Interimspräsident – seither ist Maduro alleiniger Staatschef.

Grenzkonflikte

Zwischen Peru und Ecuador bestand seit dem 19. Jahrhundert ein Grenzkonflikt, der in der Vergangenheit zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen beiden Staaten geführt hat. Noch Anfang 1981 kam es zu einem militärischen Zwischenfall, als die peruanische Armee einige Grenzposten des ecuadorianischen Militärs besetzte. Zwar einig-

ten sich Lima und Quito 1992 darauf, eine friedliche Lösung anzustreben. Doch bereits zwei Jahre später wurde die ecuadorianische Armee mobilisiert und im Januar 1995 begann der Krieg zwischen beiden Staaten. Obwohl er nach nur einem Monat formal beendet wurde, dauerte es bis 1999, bis ein endgültiger Friedensvertrag mit Anerkennung der Demarkationslinie unterzeichnet werden konnte.

Ein weiterer Konflikt besteht zwischen Peru und Chile. Gegenstand der Auseinandersetzung sind die maritimen Grenzen, über die im Januar 2014 im Internationalen Gerichtshof entschieden wurde. Laut IGH sollte Perus Seegebiet ausgeweitet werden, was von beiden Seiten anerkannt wurde. Jedoch setzt sich der Streit um den vom IGH festgelegten Grenzpunkt in der Region Tacna fort, da die peruanische Regierung dieses Gebiet für sich beansprucht. Der Disput wurde außerdem erneut gestärkt, als im Frühjahr 2015 drei peruanische Marineoffizier:innen wegen des Verdachts auf Aktivitäten für den chilenischen Geheimdienst festgenommen wurden. Angeheizt wird der Konflikt von Bolivien, da die Regierung hofft, selbst einen Zugang zum Meer zu bekommen. Dennoch unterzeichneten Lima und La Paz Ende 2010 ein Abkommen, das eine engere Kooperation im Energiebereich und Bergbausektor regelt.

Regionale Rüstungskontrolle

Bereits 1967 bildete die Unterzeichnung des Tlatelolco-Vertrages zur Schaffung einer nuklearwaffenfreien Zone einen ersten Schritt zu einer regionalen Rüstungskontrolle. Allerdings führte dieser Vertrag im Folgenden leider nicht zu weiteren Mechanismen zur konventionellen Rüstungskontrolle. Nach dem Ende des Kalten Krieges gab es besondere Anstrengungen zur Etablierung vertrauensbildender Maßnahmen in der Region. Das Ziel dieser Maßnahmen lag jedoch im Bereich der „soften“ Rüstungskontrolle: der Austausch von Informationen, Teilnahme an den UN-Berichterstattungsinstrumenten und die Einladung von Beobachter:innen zu Militärübungen. Zwei wichtige Maßnahmen und Mechanismen sind hingegen in den letzten Jahren entstanden: zum einen die OAS Firearm Convention mit dem Ziel, Kleinwaffen und Munition zu kontrollieren und die Import-/ Exportwege transparent zu machen und zum anderen die OAS Transparency Convention mit dem Ziel eines Informationsaustauschs zwischen den Staaten zum Import und Export konventioneller Waffen.

Des Weiteren ist UNLIREC, eine Tochterinstitution des *United Nations Office for Disarmament Affairs*, aktiv (mit Hauptsitz in Lima) und unterstützt die Länder hinsichtlich der Implementierung und Umsetzung von Klein- und Leichtwaffenkontrollmechanismen sowie im Kapazitätsaufbau.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

In Peru sind derzeit keine ausländischen Militäreinheiten stationiert.

Gefahr von Technologiepiraterie

Laut einer Studie der Business Software Alliance (BSA) betrug die Piraterie-Rate von Software in Peru 62 Prozent im Jahre 2017 und ist damit im Vergleich zu den Vorjahren erneut gesunken (2015: 63 Prozent, 2013: 65 Prozent). Der dadurch entstandene Scha-

den belief sich 2017 auf 190 Millionen US-Dollar (2015: 210 Mio. USD). Im Vergleich zu anderen Staaten der Region weist Peru einen moderaten Wert auf.

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Piracy Study 2018

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Zwischen 1980 und 2000 war Terrorismus ein großes Problem in Peru. Beide Rebell:innengruppen (Sendero Luminoso und Tupac Amaru) waren in dieser Zeit für zahlreiche Terroranschläge verantwortlich. Unter dem damaligen Präsident Fujimori wurden zahlreiche Anti-Terrorgesetze verabschiedet, die den staatlichen Sicherheitskräften umfassende Rechte einräumten. Ergebnis waren willkürliche Verhaftungen und Folter im Dienste des Anti-Terrorkampfes.

Inzwischen ist Peru allen internationalen Abkommen zur Verhinderung oder Bekämpfung des Terrorismus beigetreten. Zwar ist Peru und auch die gesamte Region vom internationalen Krieg gegen Terrorismus nicht betroffen, da die Gefahr des transnationalen Terrorismus in diesen Ländern eher gering ist. Doch viele lokale und nationale Terrorgruppen destabilisieren das Land und die Region. Gegenwärtig tritt die Rebell:innengruppe Leuchtender Pfad wieder verstärkt im Zusammenhang mit Drogenhandel in Erscheinung und wird mit Angriffen auf die Polizei oder staatliche Einrichtungen in Verbindung gebracht. Im Kontext des Drogenhandels, der in Peru blüht, wird immer wieder von Drogen-Terrorismus (narco-terrorism) gesprochen.

Berichten zufolge erweckt die enge Beziehung zwischen Venezuela und dem Iran in Peru und anderen Ländern der Region große Sorgen.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Lima ist den wichtigen internationalen Abkommen zur Kriminalitätsbekämpfung beigetreten. Das Land kämpft jedoch weiterhin mit ausufernder Kriminalität. Insbesondere Morde, gewaltsame Übergriffe und Erpressung haben in den Städten deutlich zugenommen. Die Polizei hat noch keine geeignete Strategie zur Kriminalitätsbekämpfung gefunden. Problematisch bleibt die weit verbreitete Korruption, die große Teile der Gesellschaft sowie das Militär und andere Sicherheitskräfte durchzogen hat. Bereits 2010 hat die Regierung eine Anti-Korruptionskommission eingerichtet, die Strategien und Politikempfehlungen erarbeiten soll, die Korruption im öffentlichen Sektor und in der Privatwirtschaft einzudämmen. Unter dem mittlerweile abgesetzten Präsidenten Vizcarra ist eine Reihe an Maßnahmen gegen Korruption initiiert worden.

Eines der größten Probleme Perus bleibt der Drogenhandel, insbesondere mit Kokaïn. Berichten zu Folge werden etwa 50 Prozent des Kokains aus Südamerika in Peru angebaut. Das Land hat mit Hilfe der USA ein umfassendes Drogenbekämpfungsprogramm gestartet, was jedoch inzwischen ausgesetzt wurde. Dieses sieht die Zerstörung von Kokapflanzungen vor. In der Vergangenheit kam es immer wieder zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen der Polizei und Bewohner:innen der Anbautäler und -dörfer. Insgesamt hat die Regierung den Kampf gegen den Drogenhandel und das organisierte Verbrechen in den vergangenen Jahren deutlich forciert.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeit von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Peru übermittelte im Rahmen des UN-Waffenregisters bis 2005 sehr regelmäßig Angaben zu Rüstungsimporten und Rüstungsexporten, seither jedoch nur noch sporadisch. Der letzte Bericht ist aus dem Jahr 2019 und beinhaltet lediglich Angaben zu Importen von Klein- und Leichtwaffen.

Auch im Rahmen des Instruments zur Berichterstattung über Militärausgaben übermittelt Peru kaum Informationen an die UN, ausschließlich in den Jahren von 2000 bis 2002, 2008 und 2010 wurden Angaben gemacht.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Peru ist Teil der Klein- und Leichtwaffenkontrollmechanismen der Andengemeinschaft und Mercosur. Bereits 2003 hat die Andengemeinschaft eine Entscheidung getroffen, die den illegalen Handel mit Klein- und Leichtwaffen in der Region unterbinden sollte. Peru verfügt über Gesetze zur Exportkontrolle. Über die Wirksamkeit, die Anwendung und die Überprüfung liegen jedoch keine Informationen vor.

Demgegenüber sind einige aktuelle Fälle von Waffenschmuggel in Peru bekannt. So wurden allein im Jahr 2013 1.767 Raketenwerfer gestohlen – Sicherheitsexpert:innen gehen davon aus, dass diese Waffen möglicherweise später auf den Schwarzmarkt verkauft und illegal ausgeführt wurden. Zudem werden immer wieder Waffen über die südliche Grenze mit Ecuador ausgefahren, die dann zu großen Teilen von dort aus nach Kolumbien weitergehandelt werden.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 10

Auszug aus dem Transformationsatlas 2020 der Bertelsmann Stiftung

It should be noted that the current executive is extremely fragile. It has lacked firm public policy initiatives on core issues, such as health, education, poverty reduction, economic reactivation and state reform. In this sense, Vizcarra's administration must demonstrate that it has the capacity to govern beyond fighting corruption, especially when the economic slowdown makes imperative initiatives that ensure sustainability in the long term.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP (in%)

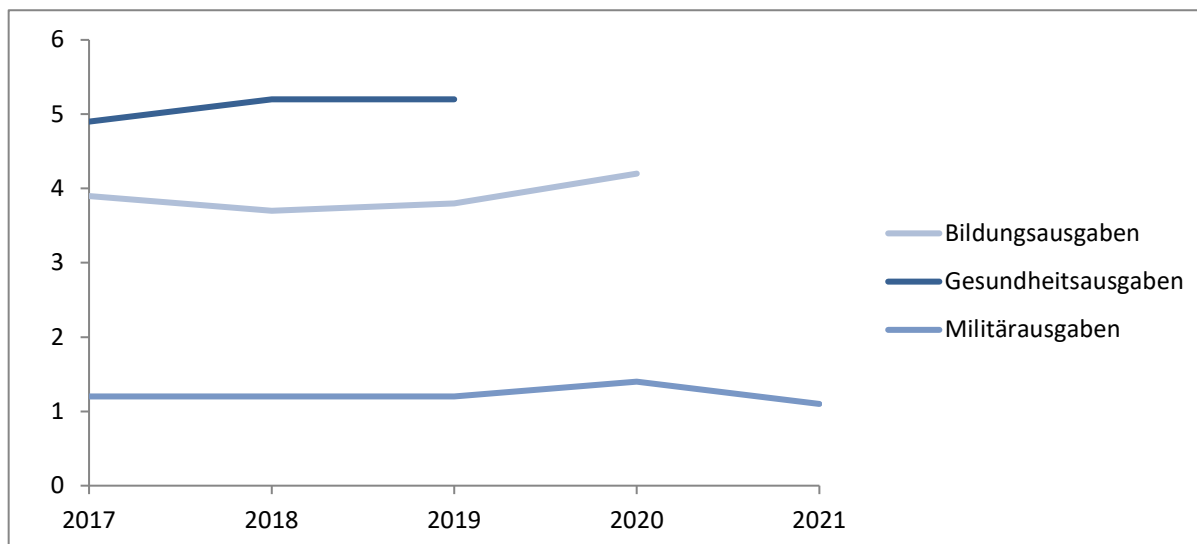
	2017	2018	2019	2020	2021
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	2626	2592	2679	2654	2522
Militärausgaben/BIP	1,2	1,2	1,2	1,4	1,1
Gesundheitsausgaben/BIP	4,9	5,2	5,2	-	-
Bildungsausgaben/BIP	3,9	3,7	3,8	4,2	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2016	2017	2018	2019	2020
Auslandsverschuldung	69613	67604	66769	64247	73549
Anteil am BIP (in Prozent)	35,7	31,6	29,7	27,8	36,1
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	259,74	-163,84	347,3	412,79	-
Net ODA (% of GNI)*	0,13	-0,08	0,17	0,19	-
Deutsche ODA Zahlungen*	44,78	91,22	67,92	166,61	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2019); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2019).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2016	2017	2018	2019	2020
Militarisierungswert	174	171	171,5	171,6	177,3
Index-Platzierung	76	78	77	76	75

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2016	2017	2018	2019	2020
Bolivien	Militarisierungswert	173,4	175,3	173,8	170,4	174,1
	Index-Platzierung	77	72	73	77	79
Brasilien	Militarisierungswert	127,5	127,8	131,5	129,6	129,6
	Index-Platzierung	116	113	112	116	114
Chile	Militarisierungswert	199,1	200,1	196,4	195,2	195,3
	Index-Platzierung	61	54	56	60	62
Ecuador	Militarisierungswert	171,3	165,7	165,1	161,1	167,5
	Index-Platzierung	81	81	79	87	84
Kolumbien	Militarisierungswert	192,5	194,3	189,8	191,2	196,2
	Index-Platzierung	62	60	60	63	61

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2021.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2017	2018	2019	2020	2021
Bolivien	Militärausgaben (absolut)	607	621	600	510	613
	Militärausgaben/BIP	1,5	1,5	1,5	1,3	1,5
Brasilien	Militärausgaben (absolut)	20057	21388	20465	19591	18747

		2017	2018	2019	2020	2021
Chile	Militärausgaben/BIP	1,4	1,4	1,4	1,4	1,2
	Militärausgaben (absolut)	4754	4744	4742	5286	5743
Ecuador	Militärausgaben/BIP	1,9	1,9	1,9	2,1	2,0
	Militärausgaben (absolut)	2455	2548	2338	2356	2409
Kolumbien	Militärausgaben/BIP	2,4	2,4	2,2	2,5	2,5
	Militärausgaben (absolut)	8760	8610	9256	9554	10006
	Militärausgaben/BIP	3,2	3,1	3,1	3,5	3,4

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2020). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2015	2016	2017	2018	2019
HDI-Wert	0.759	0.765	0.767	0.771	0.777

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/country-insights#/ranks>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Peru kann zwar grundsätzlich auf eine wachsende Wirtschaft blicken. Probleme bereiten aber weiterhin die innerhalb der Gesellschaft bestehenden ökonomischen und sozialen Ungleichheiten, auch wenn im letzten Jahrzehnt hinsichtlich sozioökonomischer Ungleichheiten und Armut erhebliche Verbesserungen erzielt werden konnten. Insbesondere die indigene Bevölkerung ist jedoch wirtschaftlich benachteiligt und stärker von Armut betroffen als der Rest der Bevölkerung. Die Armutsrate auf dem Land ist mit etwa 60 Prozent sehr hoch. Die bestehenden Ungleichheiten haben sich im Zuge der Covid-19-Pandemie verschärft, ebenso die Arbeitslosen- und Armutsquote. Die Regierung startete jedoch ein breit angelegtes Kompensationsprogramm.

Zu Beginn der letzten Dekade sind die Militärausgaben in Peru und der gesamten Region angestiegen, seit 2016 jedoch wieder gesunken auf zuletzt 1,3 Prozent am BIP (Stand: 2020). Im Verhältnis zu den Militärausgaben wendet die Regierung in Lima gemessen am Bruttoinlandsprodukt mehr für Bildung und Gesundheit als für das Militär auf. Gleichwohl bestehen insgesamt nach wie vor Defizite im Gesundheits- und Bildungsbereich.